

<http://sz.de/1.3275442>

Fürstenfeldbruck

Bezüge steigen nicht automatisch

Sparkassenverband wehrt sich gegen Vorwürfe des Bürgerforums

Fürstenfeldbruck – Der bayerische Sparkassenverband wehrt sich gegen die vom Bürgerforum Landsberg erhobenen Vorwürfe und gegen die Darstellung, eine Fusion von Instituten setze einen „Automatismus“ bei den Bezügen von Vorständen und Verwaltungsräten in Gang, durch den diese steigen. Einen solchen Automatismus gebe es nicht, sagte Sprecherin Eva Mang. Vielmehr sei es in jedem Einzelfall Sache des Verwaltungsrats, über eine Höherstufung zu entscheiden – und auch über die Höhe seiner eigenen künftigen Bezüge. Hintergrund ist der Umstand, dass nach einer Fusion, wie sie die Sparkassen Fürstenfeldbruck, Dachau und Landsberg zurzeit prüfen, das neu entstehende Institut in eine höhere Klasse aufsteigt, in der dann teils deutlich höhere Maximalgrenzen für Vorstands- und Verwaltungsratsbezüge gelten. Mang zufolge kann der jeweilige Verwaltungsrat der Sparkasse, dem in der Regel Landräte sowie Stadt- und Kreisräte angehören, auch nicht sofort den gesamten Spielraum ausschöpfen: Die Vergütungsrichtlinien lassen eine Erhöhung im Jahr der Fusion nicht zu, in den Folgejahren darf dann aber in Schritten von jeweils maximal zehn Prozent erhöht werden.

Die Frage, ob es Beispiele in der jüngeren Vergangenheit gegeben hat, in denen Verwaltungsräte den Spielraum nach oben nicht genutzt und damit dem neuen Vorstand sowie sich selbst entsprechende Zuwächse verweigert haben, konnte Mang nicht beantworten. Die Nennung von Einzelfällen sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Die Sparkassensprecherin rechtfertigt Steigerungen grundsätzlich mit dem mit einer Fusion einhergehenden Zuwachs an unternehmerischer Verantwortung. Vorstandsverträge seien auf jeweils fünf Jahre befristet, eine Verlängerung um weitere fünf Jahre erfordere eine Entscheidung des Verwaltungsrats.

Die Sparkasse Fürstenfeldbruck wollte sich mit Verweis auf den ergebnisoffenen und sehr frühen Zeitpunkt der Fusionsprüfung nicht zur Kritik des Bürgerforums und von dessen Sprecher Rainer Gottwald äußern. Stefan Salger

Quelle

Verlag	Süddeutsche Zeitung
Datum	Freitag, den 02. Dezember 2016
Seite	7

Bezüge steigen nicht automatisch

Sparkassenverband wehrt sich gegen Vorwürfe des Bürgerforums

Dachau/Fürstenfeldbruck – Der bayerische Sparkassenverband wehrt sich gegen die vom Bürgerforum Landsberg erhobenen Vorwürfe und gegen die Darstellung, eine Fusion von Instituten setze einen „Automatismus“ bei den Bezügen von Vorständen und Verwaltungsräten in Gang, durch den diese deutlich stiegen. Einen solchen Automatismus gebe es nicht, so die Sprecherin Eva Mang. Vielmehr sei es in jedem Einzelfall Sache des Verwaltungsrats, über eine Höherstufung zu entscheiden. Hintergrund ist der Umstand, dass nach einer Fusion, wie sie die Sparkassen Fürstenfeldbruck, Dachau und Landsberg zurzeit prüfen, das neu entstehende Institut in eine höhere Klasse aufsteigt, in der dann höhere Maximalgrenzen für Vorstands- und Verwaltungsratsbezüge gelten. Eva Mang zufolge kann der jeweilige Verwaltungsrat der Sparkasse, dem in der Regel Landräte sowie Stadt- und Kreisräte angehören, auch nicht sofort den gesamten Spielraum ausschöpfen: Die Vergütungsrichtlinien ermöglichen keine Erhöhung im Jahr der Fusion und in den Folgejahren Schritte von jeweils maximal zehn Prozent.

Die Frage, ob es Beispiele in der jüngeren Vergangenheit gegeben hat, in denen Verwaltungsräte den Spielraum nach oben nicht zumindest weitgehend ausgeschöpft und damit dem neuen Vorstand sowie dem Verwaltungsrat selbst die entsprechenden Zuwächse verweigert haben, konnte Mang nicht beantworten. Die Sparkassensprecherin rechtfertigt Steigerungen grundsätzlich durch den mit einer Fusion einhergehenden Zuwachs an unternehmerischer Verantwortung. Vorstandsverträge seien auf jeweils fünf Jahre befristet, eine Verlängerung um weitere fünf Jahre erfordere aber eine Entscheidung des Verwaltungsrats.

Die Sparkasse Dachau hat sich zu der Kritik nicht geäußert. Die Fürstenfeldbrucker wollten sich mit Verweis auf den ergebnisoffenen und sehr frühen Zeitpunkt der Fusionsprüfung nicht zur Kritik des Bürgerforums und von dessen Sprecher Rainer Gottwald äußern. **STEFAN SALGER**